

Offizielles täglich
früh 6 $\frac{1}{2}$, Uhr.
Redaktion und Druckerei
Hohenlohestrasse 58.
Sprechstunden der Redaktion:
Montag bis Freitag von 10—12 Uhr.
Nachmittag 4—6 Uhr.
Bei den Büchern des Reichsgerichts kann
nach dem Schließen der Türen die Rechtsabteilung
der Räume besucht werden.
Zeitung für die nächsten Tage:
Montag bis Freitag 10—12 Uhr.
Zur Zeit der Abreise der Redaktion:
Ottos Stamm, Leipziger Straße 37.
Seit 1. November 1879 ist das
Zeitungsjahr 1880.
Zur Zeit der Abreise der Redaktion:
Ottos Stamm, Leipziger Straße 37.
Seit 1. November 1879 ist das
Zeitungsjahr 1880.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsvorlehr.

Nr. 325.

Freitag den 21. November 1879.

73. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Die Stimmer- und Schmiedearbeiten für den Bau der neuen Brücke sind vergessen und werden
Leipzig, den 18. November 1879.

Der Rat der Stadt Leipzig.
Dr. Kröndlin. Magazin.

Deutschland und Dänemark.

Das kleine Dänemark ist eine lange Reihe von Jahren hindurch der erbitterte Feind des deutschen Volkes gewesen. Ein Gemisch von Haß und Furcht bemächtigte sich aller Gesellschaftskreise des nordischen Inselreiches, als die Elbherzogthümer nach einem unglücklichen Kriege endlich und für immer verloren gingen, und noch vor Kurzem konnte der dänische Kriegsminister General Kaufmann dem Holsteinberg das deutsche Reich als den Feind des Landes benennen. Im hohen Grade überrascht kommt jetzt über Wien eine Meldung, welche einen Umschwung in der Gestaltung der österreichisch-deutschen Beziehungen und zwar von aller höchster Stelle aus beschreibt. Der König von Dänemark hat nach verlässlichen Mitteilungen bei seinem jüngsten Besuch in der Wiener Hofburg die Gelegenheit wahrgenommen, sich in günstigster Weise über die zwischen Deutschland und Österreich zu Stande gekommene Vereinbarung auszusprechen. Er äußerte, daß die öffentliche Meinung in Dänemark keine kriegerischen Neigungen gegen Deutschland habe und daß von autoristischer dänischer Seite nicht die Absicht ausgesprochen worden sei, sich in einem etwaigen Konflikt zwischen Deutschland und Russland auf die Seite des letzteren Macht zu stellen. Die Regierung seines Landes, versicherte König Christian IX., sehr in dem deutsch-österreichischen Vertrage nur eine neue Bürgschaft für die Erhaltung des europäischen Friedens und Dänemark solle sich diesen Beziehungen voll und rückhaltlos an. Gewiß ist es erstaunlich, von außerordentlichem Nachdruck zu vernehmen, daß er vorgesetzt hat, in welcher unerwarteten Weise die Abschaffung des Artikels V. des Prager Friedens durch den Fürsten Bisмарк erfolgt ist. War doch noch kurz vorher, wie wir jetzt erst erfahren, die dänische Regierung auf irgend eine diplomatische Intervention hin nicht zu bewegen gewesen, einen Streitfall Südschleswig anzunehmen, wenn sie auf Apenrade ic. Bericht leisten würde. Aber es scheint doch, daß die vom dänischen Könige in Wien abgegebenen Erklärungen nicht ganz mit den jüngsten Vorgängen im dänischen Reichstage übereinstimmen, wo es sich um die schon lange geplante Panzerbeschaffung handelt. Die erwähnten Verhandlungen im Holsteinberg, welche keinerlei Andeutungen von der deutschen Presse gelassen werden, erhalten jetzt erst, nach dem Abschluß des deutsch-österreichischen Vertrages, eine Bedeutung. Was den bestätiglichen Reden der dänischen Volksvertretung geht ebenso wie aus der Vorlage der Regierung hervor, daß die Befestigung von Seeland und Kopenhagen und des Flottenpostens von Aggersund insoweit eine defensive Maßregel sei, als es sich darum handelt, die Angriffsfähigkeit einer dänischen Flotte so lange aufzuhalten, bis die Angriffsfähigkeit russischer Streitkräfte erfolgt ist. Glücklicherweise haben sich die Oppositionsmänner im Kopenhagener Holsteinberg gegen den Vertheidigungsplan der Regierung ausgesprochen, nicht nur wegen der Kostenfrage, sondern auch wegen des Menschen, doch die Regierung mit Deutschland in gutem Einvernehmen bleibe. Man ist nun mehr überzeugt, daß die Vorlage zu Hause kommen wird und so der König von Dänemark freundschaftlichen Versicherungen einen realen Hintergrund erhalten. Denn offenbar hat er mit seiner Wiener Reise den Wunsch verbunden, die sible Aufnahme zu verhindern, welche namentlich die projectirten militärischen Rüstungen und der Vertheidigungsplan beinhaltet einer Coöperation mit Russland bei uns hervorgerufen haben.

Politische Übersicht.

Leipzig, 20. November.
Nach sehr langwierigen Debatten ist, wie wir gestern des Besondersen hervorgehoben haben, eine Reihenzeit in den Plenarversammlungen des preußischen Landtages eingetreten. Dieselbe bietet uns willkommene Gelegenheit, einen Rückblick zu versetzen auf die wenigen Wochen, die seit der Eröffnung des preußischen Parlamentes vergangen sind, und auf die Stellung, welche die Parteien in dieser Zeit eingenommen. Da ist zunächst zu sagen, daß bisher weder die Hoffnungen noch die Befürchtungen, welche von der einen und anderen Seite an die starke Verstärkung des liberalen Elements in der Kammer gefaßt werden, in Erfüllung gegangen sind. Gerade in der Frage, welche der Regierung offenbar am meisten am Herzen liegt, bei der Behandlung der Eisenbahnbauvorlagen hat das Centrum die entscheidende Rolle nicht spielen können, zu der es sich be-

rufen glaubte, und wenn nicht alles trifft, wird auch im ferneren Laufe der Berathungen die Entscheidung nicht bei den Klerikalen liegen. Auf der anderen Seite hat in Erwähnung eines Übereinkommens mit Rom die angestreute Revision oder gar Zurücknahme der Maßregeln noch keinen Schritt vornwärts gemacht; und noch dem Vorspiel an durchaus unerwünschter Stelle kann man erleben, daß bei der Verhandlung über den Statut des Cultusministeriums die jetzt in das achtte Jahr sich fortspinnenden Cultuskampfsoeben in kaum geminderter Schärfe und Länge sich wiederholen. Unter diesen Umständen ist es erstaunlich, daß das Centrum recht ungebührlich zu werden beginnt und zunächst sein Mützen an den Steuerbegleichungsversuchen der Regierung läuft will. Schwerlich wird ein einziger Ultramontaner für die Schanksteuer stimmen. Dass diesbezüglich bei den Städten der conservativen Fraktionen dennoch eine Majorität sind wird, ist nicht absolut zu verneinen; das Centrum erschlägt auch hier wieder, daß es bei den Wahlen einer schlechten Politik folgte, als es in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen seinen Einstieg in die Wahlhalle wußt, um dem conservativen Kandidaten zum Siege zu helfen.

Wider alles Erwarten hat nunmehr der „Reichs-Anzeiger“ die Ernennung des Unterstaatssekretärs im preußischen Justizministerium von Schelling zum Staatssekretär im Reichstag als privat publiciert, eine Nachricht, die nicht verschwiegen wird, Rücksicht und zwar kein erstaunliches, zu machen. Bei der Ernennung des Dr. Friedberg zum preußischen Justizminister hatte man allgemein erwartet, daß die Stelle eines Chefs des Reichsjustizamtes nicht wieder werde besetzt, sondern in Personalunion mit dem preußischen Justizministerium verschmolzen werden, da nur auf diese Weise das Reichsjustizamt zu einem lebensfähigen, mit einem vollen Wirkungskreis ausgestatteten Institut hätte werden können, eine erträgliche Entwicklung der hohen Reichsämter nur im engsten Anschluß an die entsprechenden preußischen Rechtsfelder erhofft werden konnte. Diese Annahme wurde freilich von offizieller Seite bald für unabdingdet erklärt; es wird kaum bezweifelt werden können, daß der Widerspruch der Mittelpartei, besonders Bayerns, eine solche Neugründung verhindert hat, die sonst ganz dem österr entwinkelten Deutkreis des Reichskanzlers entsprach. Aber wenn man auch auf die Neubildung des Postamtes eines Leiters des Reichsjustizamtes vorbereitet sein möchte, so wird doch die Wahl eines Mannes von so ausgeprägter ali-conservativer Gesinnung, wie Herr v. Schelling, bestreiten erogen. Es scheint uns damit selbst die Linie, die noch bei den letzten preußischen Ministerernenungen eingehalten wurden, bedeutend überschritten.

Organische Veränderungen im Staatsleben müssen nicht ohne mehr oder minder große Unzufriedigkeiten Leben und Gestalt zu gewinnen. So konnte man auch nicht erwarten, daß eine so große und vielbedeutende Tendenz, wie die Durchführung der neuen Gerichtsorganisation und veränderten Proceßordnung im deutschen Reiche es war, ganz ohne Hindernisse und Schwierigkeiten, ganz ohne Schwächung bald sachlicher Interessen bald persönlicher Vortheile und Neuannehmlichkeiten vollziehen würde. In der That sind beinahe überall, besonders in den Centren des Reichs, wo die Neuerungen am meisten fühlbar werden, genug Klagen über Störung und Beunruhigung der richterlichen Geschäfte, über Verkürzung der Justizbeamten und Unterbeamten sowie über zwecklose Exzitierung des Publikums erhoben worden. Rüdigens gestalteten sich die Verhöre eindeutlicher als in der Reichskanzlei, wo willlich in den Vorarbeiten der neuen Ordnung eine Störung eingetreten zu sein scheint. Das Justizministerium hat sich hier endlich den Beschwerdeführer annehmen zu müssen geglaubt und der Rechtsrat-Director Sch. Rath Kindtlich ist mit einigen Schiffen beschäftigt, eine Erneuerung darüber zu veranlassen, welche Unzufriedenheit bei den dortigen Gerichten bisher zu Tage getreten sind und wie ihnen am zweitfähigsten abgeholfen werden kann.

Die preußische Finanzlage des Reiches ist nach den verschiedenen Richtungen hin ihre Wollang. So macht gegenwärtig wieder die Nachricht die Runde durch alle Mitter, daß eine rechtsgeschichtliche Regelung des Versionswesens der Hinterbliebenen von Reichsbeamten nahe bevorstehe. Leider ist sie diesmal eben so unbegreiflich wie vor einem Jahre. Der leidige Gedanke bildet immer

Umschlag 16.000.
Abonnementpreis vierfach 48,- DM.
zwei. Beingerlor 6 MF.
durch die Post bezogen 6 MF.
Drei einzelne Nummer 25 MF.
Belegexemplar 19 MF.
Gebühren für Ausgaben
ohne Postbelehrung 50 MF.
mit Postbelehrung 48 MF.
Inhalte nach Zeitung 20 MF.
Großere Schriften laut unserem
Preisverzeichniß. — Tabellenblätter
Sag nach höherem Tarif.
Rechnungen unter freier Sicherstellung
die Spaltelle 40 MF.
Inhalte sind stets an d. Exemplare
zu senden. — Räder mit nicht
gegenüber. Zahlung präsentierende
oder durch Postbelehrung.

die Arme hervorgehe.“ Unsere Leiter werden mit Interesse an diesen Ausführungen des Herrn Kriegsministers Kenntnis nehmen.

Wie immer die parlamentarischen Nachrichten aus Österreich laufen mögen, die gesammte innere Politik der österreichischen Reichshälfte dreht sich gegenwärtig um das Webgelehr, dessen Schicksal nach wie vor in der Schwebe ist. Einige Vorstöße knüpften an den Antrag, den der Generaldirektor der Westbahn, Abgeordneter von Nürnberg, Herr Grottkau, im Club des Liberalen Partei stellte und nach welchem die Kriegsfläche von 800.000 Mann auf die Dauer von zehn Jahren, aber nur eine Friedensstärke von 280.000 statt 255.000 Mann zu bewilligen wäre, bereits die Hoffnung auf eine Vermittelung. Diese wäre nur gerechtfertigt gewesen, wenn die voreingehende Bedingung gewissermaßen zur Bedingung des Friedens geschafft worden wäre, und manchmal sah man die Sachen so; nach sicherer Information kann ein Correspondent der „B.“ aber sagen, daß der rechte Flügel der Verfassungspartei mit der Reduzierung des Friedensstandes vollständig Ernst macht und eine Ersparung von beinahe 6 $\frac{1}{2}$ Millionen Gulden damit anstrebt, welche die Steuerprojekte des Herrn Chotek, wenigstens die gehässigsten, überflüssig machen soll. Die Regierung andererseits hat durch den Mandat des Grafen Taaffe bereits erklärt, daß sie angesichts der internationalen Lage eine Verpflichtung zur Herabsetzung des Friedensstandes niemehr eingeht werden; sie will es, nachdem sie sich von der Bereitwilligkeit aller Fraktionen der Rechten überzeugt hat, offenbar davon absonnen lassen, daß Webgelehr, so wie es ist, durchzubringen oder das Abgeordnetenhaus aufzulösen. — Die Wiener Blätter enthalten ein Telegramm aus Rom folgenden Inhalts:

Der Cardinal-Rantzau in Wien hat an den Papst ein Schreiben gerichtet, in dem er seine Hoffnung die Mithilfe macht, daß die Unterhandlungen mit dem Deutschen Reich sofort gleichzeitig mit dem Frieden aufgenommen werden, den er ausführte, und manchmal sah man die Sachen so; nach sicherer Information kann ein Correspondent der „B.“ aber sagen, daß der rechte Flügel der Verfassungspartei mit der Reduzierung des Friedensstandes vollständig Ernst macht und eine Ersparung von beinahe 6 $\frac{1}{2}$ Millionen Gulden damit anstrebt, welche die Steuerprojekte des Herrn Chotek, wenigstens die gehässigsten, überflüssig machen soll. Die Regierung andererseits hat durch den Mandat des Grafen Taaffe bereits erklärt, daß sie angesichts der internationalen Lage eine Verpflichtung zur Herabsetzung des Friedensstandes niemehr eingeht werden; sie will es, nachdem sie sich von der Bereitwilligkeit aller Fraktionen der Rechten überzeugt hat, offenbar davon absonnen lassen, daß Webgelehr, so wie es ist, durchzubringen oder das Abgeordnetenhaus aufzulösen. — Die Wiener Blätter enthalten ein Telegramm aus Rom folgenden Inhalts:

Der Cardinal-Rantzau in Wien hat an den Papst ein Schreiben gerichtet, in dem er seine Hoffnung die Mithilfe macht, daß die Unterhandlungen mit dem Deutschen Reich sofort gleichzeitig mit dem Frieden aufgenommen werden, den er ausführte, und manchmal sah man die Sachen so; nach sicherer Information kann ein Correspondent der „B.“ aber sagen, daß der rechte Flügel der Verfassungspartei mit der Reduzierung des Friedensstandes vollständig Ernst macht und eine Ersparung von beinahe 6 $\frac{1}{2}$ Millionen Gulden damit anstrebt, welche die Steuerprojekte des Herrn Chotek, wenigstens die gehässigsten, überflüssig machen soll. Die Regierung andererseits hat durch den Mandat des Grafen Taaffe bereits erklärt, daß sie angesichts der internationalen Lage eine Verpflichtung zur Herabsetzung des Friedensstandes niemehr eingeht werden; sie will es, nachdem sie sich von der Bereitwilligkeit aller Fraktionen der Rechten überzeugt hat, offenbar davon absonnen lassen, daß Webgelehr, so wie es ist, durchzubringen oder das Abgeordnetenhaus aufzulösen. — Die Wiener Blätter enthalten ein Telegramm aus Rom folgenden Inhalts:

Die erwähnten Blätter bringen die Mithilfe unter mehr oder minder entschieden ausgedrücktem Vorbehalt.

Die Beziehungen zwischen den Cabinetten von Berlin und St. Petersburg lönen keineswegs beständig zu sein. Als ein weiterer Anzeichen dafür registrierten wir die uns soeben zugehende telegraphische Meldung, daß der russische Postchalter in Berlin, Herr von Dubril, etwa Ende nächster Woche in Petersburg erwartet wird. Dieser wird bis zur Ankunft des Grafen Taaffe bestehen, daß die russischen Botschafter daseit bleiben. Was das Verhältnis in England anbetrifft, so erklärt die amüsante „Agence Russie“ gegenüber den „Neuen Zeiten“ von ihrem Pariser Correspondenten über seine Unterredung mit Lord Dufferin telegraphische Mithilfe, wonach der Letzte gestellt habe, „England bedürfe zur Erfüllung seines Orientprogramms keines besonderen Einvernehmen“ (entente) und „der Friede linge in den Händen des Fürsten Gortschakoff“, der englische Postchalter habe derartige Neuerungen nicht geboten; derselbe habe dem Correspondenten nur mitgeteilt, daß er in Petersburg noch einige Tage vor der Ankunft des Kaisers eintreffen werde, und ihn im Übrigen bezüglich Auskunft über andere von ihm berührte politische Fragen an die möglichen russischen Stellen verweisen. Nach aus dieser Meldung hingt die Verstimmung heraus, welche in den offiziellen Kreisen St. Petersburs seit gestrainer Zeit vorherrschen ist.

Pariser Neuigkeiten von bestätigendem Interesse liegen zur Stunde nicht vor. Nach einem Telegramm der „Post“ hat der Marchal Canrobert eine längere Unterredung mit dem Kriegsminister gehabt, worin derselbe gegen die Gemeinten und Verträchtungen protestierte, mit denen Bonapartisten und Conservativen seine Wohl zum Kriegsminister folgten: „Die angeführte Thatsache, die Freiheitssprechung des wegen Misshandlung eines Soldaten angeklagten Unteroffiziers durch die Geschworenen, sei richtig. Dem Kriegsminister stehen gegen den Wahlkreis der Geschworenen, wie es auch sein mag, sowie gegen die Freiheitssprechung des bestehenden Gelehrte keinerlei Widerrecht zu. Er ist zu seinem Bedauern nicht in der Lage und nicht gewillt, das fragliche Vorwurfmach in ein besseres Licht zu setzen, als der Interpellant gehabt; gleichwohl betrachte er es nicht als billig, Erklärunghen wie die besprochene auf Zustände in der Armee zurückzuführen, solange sich solche auch in denselben Kreisen zeigen, aus welchen